

Solidarität, Disziplin, Augenmass und Aufmunterung

Bedarfsartikel heutigen Verhaltens

Die Corona-Krise erfordert sehr viel Solidarität – mit den vom Virus Angesteckten und ihren Familien, aber auch gegenüber denen, die noch gesund sind, vor Infektionen zu schützenden und zum Daheimbleiben verurteilten Mitmenschen. Solidarität gebührt aber auch den von provisorischer Betriebsschliessung betroffenen Berufsleuten, Unternehmen und deren Personal, die alle um ihr Einkommen bangen müssen. Darüber hinaus ist viel ungewohnte Disziplin und sind entsprechende Verzichte unumgänglich. Kritik an den getroffenen Massnahmen sollten Augenmass behalten, Augenmass, das auch die anordnenden Behörden zu pflegen haben. Man darf ja nicht ausser Acht lassen, dass einschneidende Vorkehren in einer freiheitlichen Gesellschaft nur dann zum Ziele gelangen, wenn ihnen Akzeptanz verschafft werden kann.

Ausgewogenes Verhältnis zwischen Freiheit und Notwendigkeit

Wir leben in einer liberalen Rechts-, Staats- und Gesellschaftsordnung und wollen nichts anderes. Die zentrale Rolle des freien Individuums, die einem solchen System eigen ist, darf nicht ausschliessen, dass dieses Individuum sich dem fügt, was für das Gemeinwohl erforderlich ist. Dieses System verlangt indessen auch, dass das für das Gemeinwohl Eingeforderte verhältnismässig bleibt, also nicht weiter geht als nötig. Die freiheitlichen Grundwerte dürfen dabei in ihrem Kerngehalt nicht angetastet werden. Und nicht zuletzt dies: Die Freiheit des Individuums schliesst nicht aus, dass es sich freiwillig in den Dienst des Gemeinwohls stellt, besonders in einer Notzeit. Freiheit erhalten heisst das Ganze bewahren, das den unabdingbaren Rahmen der Freiheit schafft. Dem zu dienen wahrt die Chance, frei zu bleiben.

Das Ganze schützen bedeutet freilich auch, dass man von gewissenhaften Fachleuten empfohlene Verhaltensregeln nicht missachtet – weder aus Unbedachtheit noch aus individueller Willkür. So etwa, indem man aus alter Gewohnheit körperlich nahe Personengruppierungen bildet. Oder als Pensionärin eines Altersheims sich trotz Verbotes ins Dorf begibt, weil man „ja lange genug und gut gelebt hat“ und ohnehin ein Sterberisiko hat, dabei aber vergisst, dass man das Virus ins Heim zurücktragen und dort andere anstecken könnte. Oder man fühlt sich gesund, glaubt, keine Viren zu streuen und beachtet nicht, dass man symptomfreier Vireenträger und – streuer sein könnte.

Notmassnahmen brauchen in einer Demokratie Akzeptanz

Belastende Notvorkehren sind ungewohnt und unbequem und können daher Opposition hervorrufen. Kritik kann aufkommen, man hätte früher, rascher, stärker oder umgekehrt weniger einschneidend reagieren sollen. Zu bedenken ist jedenfalls, dass die Klärung einer Situation und das Erarbeiten von Massnahmen eine gewisse Zeit brauchen kann. Weiter benötigt ein grosser Teil der Bevölkerung wiederum Zeit, um sich damit vertraut zu machen, deren Sinn zu erfassen und sich darauf einzustellen. Wir leben nicht in einer diktatorischen Kommandowirtschaft, in der die Bürgschaft gedrillt ist, ohne nachzudenken zu gehorchen. Und wir leben nicht in einem totalitären Staat, der jeden überwacht und jederzeit polizeilich zur Räson bringen kann. Wir glauben, der Mensch sei mündig und habe einen Anspruch, offen, ehrlich und glaubhaft unterrichtet und überzeugt zu werden. Der Bundesrat hat mit Grund mehrfach darauf hingewiesen, dass in seine Überlegungen, wenn er etwas Harsches anordnen muss, die Beurteilung einfließen wird, ob das akzeptiert und eingehalten werden

wird. Es braucht nicht selten eine gewisse Reifung der Situation, bis das Begreifen einsetzt und die Umsetzung beginnt. Damit dies möglichst bald geschieht, ist eine gute Informationspolitik erforderlich.

Die Tonlage bestimmt die Stimmung mit

Die Art des Auftretens der Behördenvertreter ist dabei von erheblichem Einfluss. Sie kann den Ernst der Lage nahebringen. Wie die Medien mit der Situation umgehen, spielt eine erhebliche Rolle. Wenn viele bedrückende Nachrichten präsentiert werden müssen, ist jede aufhellende Meldung willkommen. Hinweise auf beispielhafte Solidarität wirken in unsicheren Zeiten stärkend. Es geht nicht um künstliches und oberflächliches Heitermachen. Doch es gibt aufbauende Ablenkungen durch Berichte über Sinnvolles. Wer es versteht, Mut zu schaffen und Zuversicht hervorzurufen, leistet einen Beitrag zum Ertragen, zum Tragen und zum Überwinden der Krise und von deren Einfluss auf die allgemeine Gemütslage. Sorgen wir also dafür, dass jene, welche diese Gabe haben, gebührend zu Worte kommen!

Dass es nicht bei Worten bleiben sollte, ist ja mittlerweile verstanden worden. Die Behebung materieller Not ist nämlich ebenfalls ein Aufsteller. Das wussten schon die alten Römer, als sie das Sprichwort prägten: „Gut gibt, wer schnell gibt.“

Ende März 2020

Roberto Bernhard

NHG Winterthur